

Es gilt das gesprochene Wort!

**Annelie Buntenbach
Geschäftsführender Bundesvorstand
des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

Stoppt die Kopfpauschale.

Aktionsbündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale“

Eingangsstatement

Berlin, 07. Juli 2010

ANREDE

die Koalition von CDU/CSU und FDP hat gestern ihre Eckpunkte zur künftigen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung vorgelegt. Mit den Eckpunkten hat die einen Offenbarungseid abgelegt.

Schwarz-Gelb will die Kopfpauschale in unbegrenzter Höhe einführen und den Arbeitgeberbeitrag einfrieren.

Damit sollen künftig alle Kostensteigerungen bei den 70 Millionen Versicherten abgeladen werden. Das bedeutet: Auf die meisten Bürgerinnen und Bürger kommt eine deutliche und unsoziale Belastungswelle zu.

Das Ergebnis lautet: Weniger Netto vom Brutto und weniger Solidarität.

Das ist Politik gegen das Volk. Gesundheitsminister Rösler schwingt sich hier zum Totengräber der solidarischen Krankenversicherung auf.

Die Kopfpauschale ist mehr als nur ein Fremdkörper, der nachhaltigen Schaden in der GKV anrichtet. Die Kopfpauschale ist ein bösartiger Bazillus, der sich schnell zu einem Geschwür entwickelt – deshalb muss sie gestoppt werden.

Wir werden den Druck erhöhen – denn die Gesetzliche Krankenversicherung ist das Herzstück des Sozialstaats. Und wir werden einem solchen politischen Ärzte-Pfuscher nicht tatenlos zusehen.

ANREDE

seit gestern ist es offiziell: Schwarz-Gelb will die Kopfpauschale einführen.

Die Koalition will – zusätzlich zum GKV-Beitrag – pauschale Zusatzbeiträge ohne jede Begrenzung einführen. Gleichzeitig erhöhen sie die Härtefallregelung auf zwei Prozent.

Und das, was Minister Rösler „Sozialausgleich“ nennt, ist ein intransparentes, widersprüchliches und unsinniges Verfahren, das nicht einmal einen solchen Namen nicht im Entferntesten verdient.

Das schlägt wirklich alles auf der nach oben offenen Unsinnsskala, auf der Schwarz-Gelb ja schon bemerkenswerte Ausschläge erreicht hat.

Die Finanzierungspläne der Koalition sind eine echte Kampfansage.

Schwarz-Gelb versucht, auf Biegen und Brechen die Arbeitgeber herauszuhalten – und die Kosten der Zukunft, die Kosten des medizinischen Fortschritts und der demographische Entwicklung allein den Versicherten in die Schuhe zu schieben.

Solche Pläne müssen energischen Widerstand provozieren. Und wir werden den Widerstand organisieren. Als DGB und mit dem Aktionsbündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale“.

Angekündigt waren – in der Rhetorik des Bundesgesundheitsministers: mehr Gerechtigkeit, mehr Transparenz und mehr Nachhaltigkeit.

An den Eckpunkten der Koalition ist nichts gerecht, transparent oder nachhaltig.

Mit einer Ausnahme: Denn das Einzige, was nachhaltig ist, ist der Griff in die Taschen der Versicherten. Und dagegen werden wir uns wehren.

ANREDE

Diese Eckpunkte sind ein herber Rückschlag:

Bestehende Ungerechtigkeiten werden nicht einmal im Ansatz angegangen, die Mehrbelastungen für die Versicherten nicht ausgeglichen, sondern noch deutlich und einseitig erhöht.

Die Koalition kassiert die Versicherten ab, und zwar nur die Versicherten:

Die Arbeitgeber sollen zwar im nächsten Jahr etwas höhere Beiträge zahlen – doch danach, so das Modell der Koalition, soll Schluss sein. Schwarz-Gelb will den Arbeitgeberbeitrag einfrieren – und spätestens dann wird es Kopfpauschalen in Form von Zusatzbeiträgen nur so hageln.

Die Koalition will für das nächste Jahr Ruhe haben, doch diese Ruhe werden wir Schwarz-Gelb nicht gönnen.

Das gilt insbesondere für die Freunde aus Bayern, die die Kopfpauschale mit viel Theater für klinisch tot erklärt hatten.

Wie aus dem Nichts ist die Kopfpauschale re-animiert worden – da frage ich mich, wo war die CSU? Ist sie plötzlich umgefallen, gab es einen Blackout, oder wo war sie, als die Umwandlung der Zusatzbeiträge in unbegrenzte Kopfpauschalen beschlossen wurde?

Oder reicht der politische Blick nur bis ins nächste Jahr – und wir erleben dann den nächsten Akt von Wildsau und Gurkentruppe? Wir werden heute hoffentlich eine Antwort dazu hören.

Die eigentliche Frage ist aber, wie die Koalitionsparteien den Versicherten, den Bürgerinnen und Bürgern erklären will, dass sie die Kosten der Zukunft ganz alleine tragen sollen.

ANREDE

„Mehr Netto vom Brutto“ – diese Parole steht für ein Scheitern auf ganzer Linie. Denn nach den Plänen von Schwarz-Gelb würden die Belastungen drastisch steigen – und dies über Jahre.

Die eigentliche Botschaft von Schwarz-Gelb lautet also: Weniger Netto und höhere Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger – aber keine bessere Leistung für ihre Gesundheit.

Auch die Maßnahmen für 2011 sind nur ein notdürftiges Heftpflaster, das nicht lange halten wird. Und bluten werden dann die Versicherten, die Kranken – besonders diejenigen, die über wenig Einkommen verfügen.

ANREDE

Die Kopfpauschale ist kein Phantomschmerz. Leider.

Rösler will sie durchsetzen – und dafür hat er sich jetzt ein neues Modell für seinen so genannten Sozialausgleich ausgedacht:

Das Bundesversicherungsamt soll einen fiktiven durchschnittlichen Zusatzbeitrag ermitteln, der nötig wäre, um ein Defizit auszugleichen.

Dieser fiktive durchschnittliche Zusatzbeitrag soll der Maßstab sein für einen individuellen Ausgleich der Versicherten sein. Wenn dieser fiktive Zusatzbeitrag höher ist als zwei Prozent des Bruttoeinkommens, soll die Differenz ausgeglichen werden, indem der Versicherte einen entsprechend geringeren Kassenbeitrag zahlt. Ausgeglichen werden soll dies dann durch Steuermittel.

Haben Sie das jetzt verstanden? Wenn nicht, seien Sie beruhigt, das liegt nicht an Ihrem Geisteszustand.

Wir haben versucht, der Verwirrung mit Hilfe eines Beispiels Herr zu werden.

Nehmen wir an, der fiktive durchschnittliche Zusatzbeitrag wird bei 25 Euro festgelegt. Bei einem Einkommen von 1.000 Euro würden fünf Euro beim Kassenbeitrag ausgeglichen – der Minister spricht sogar allen Ernstes von „mehr Netto“. Dabei müsste der Versicherte aber, selbst wenn seine Kasse zufällig den statistischen Durchschnittbeitrag erhebt, 20 Euro zahlen: Von Entlastung kann keine Rede sein, im Gegenteil.

Eine Entlastung würde überhaupt, wenn die Krankenkasse des Versicherten gar keinen Zusatzbeitrag nimmt. Dann bräuchte es aber auch keinen Ausgleich.

Ein solches Verfahren als gerecht und transparent, ja sogar nachhaltig zu bezeichnen, grenzt schon an Größenwahn. Schließlich bezieht sich der Ausgleich auf eine fiktive Richtgröße und nicht auf die tatsächlichen Kopfpauschalen.

Wenn nämlich die Kasse eine Kopfpauschale von 100 Euro einfordert, der staatlich ermittelte Durchschnitt aber nur bei 25 Euro liegt, werden bei einem Einkommen von 1.000 auch nur fünf Euro ausgeglichen. Die Versicherten zahlen faktisch 95 Euro drauf.

Und das soll dann ein Ausgleich sein? Vielen Dank auch, Herr Rösler!

ANREDE

der solidarische Ausgleich der GKV kann und muss verbessert werden, keine Frage.

Aber ein so ein System, wie die Koalition es vorschlägt, wäre nicht nur das glatte Gegenteil von Solidarität – es wäre der helle Wahnsinn. Dazu dürfen wir gar nicht erst kommen.

Wenn ich von WIR spreche, meine ich nicht nur den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften. Ich meine das Aktionsbündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale“.

Ein Bündnis, das sich hier und heute versammelt hat – trotz Ferienbeginn und Fußball-WM. Ein Bündnis, das neben DGB und Gewerkschaften ein breites Spektrum von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Jugend- und Frauenorganisationen, Migranten- und Ärzte- sowie anderen Verbänden und Interessengruppen abbildet. Ein Bündnis, das ein Potenzial von mehr als 25 Millionen Mitglieder vertritt – also rund die Hälfte der GKV-Mitglieder.

Wir haben zu einem solchen Bündnis gegen die Kopfpauschale aufgerufen – und ich freue mich sehr, dass so viele diesem Aufruf gefolgt sind. Ich möchte mich bei all denen bedanken, die sich hier gemeinsam mit uns engagieren.

Gefolgt sind unserem Aufruf nicht allein die vielen unterschiedlichen Verbände, sondern auch viele prominente Unterstützer wie Dieter Hildebrandt oder Heiner Geißler. Gefolgt sind uns auch – obwohl das Bündnis parteiunabhängig ist und bleibt – viele (auch prominente) Vertreter von SPD, Grünen und der Linkspartei.

Dieses Bündnis hat vor allem ein Ziel: Wir wollen die solidarische Finanzierung der GKV stärken – und zu einer Bürgerversicherung weiterentwickeln. Und wir wollen die unsägliche Kopfpauschale stoppen.

Das Bündnis ist mit den Entscheidungen von gestern aktueller und nötiger denn je.

ANREDE

Wir haben gemeinsam Druck ausgeübt und mit Unterstützung von Politik und Wissenschaft mit dazu beitragen können, dass Minister Rösler seine Kopfpauschalen-Modelle zunächst einmal begraben musste.

Aus Modellen sind Eckpunkte geworden – und plötzlich ist die Kopfpauschale wieder da. Der Konflikt geht also weiter. Denn unbegrenzte pauschale Zusatzbeiträge widersprechen dem Solidarprinzip.

Die Zusatzbeiträge sind schon mit dem Gesundheitsfonds eingeführt worden, um Defizite allein bei den Versicherten abzuladen. Und das soll nun noch schlimmer werden.

Die FDP will die Zusatzbeiträge als Sprungbrett für die Kopfpauschale nutzen. Dabei führen Zusatzbeiträge, das sehen wir schon jetzt, zu einem ungesunden Kassenwettbewerb, und sie sprengen die Solidarität.

Der DGB hat deshalb von Anfang gefordert, grundsätzlich auf Zusatzbeiträge zu verzichten und den Fonds zu 100 Prozent solidarisch auszufinanzieren.

Wir fordern auch und gerade jetzt, die Zusatzbeiträge abzuschaffen:
Die Kopfpauschale muss weg.

Wir sagen Nein zu pauschalen Zusatzbeiträgen – und Ja zu einer 100 Prozent solidarischen Finanzierung der GKV.

Wir fordern die Koalition deshalb weiter auf, die Idee der Kopfpauschale nicht länger künstlich am Leben zu halten.

Diese Forderung richtet sich im Besonderen an den bayerischen Teil der Union. Wer – wie die CSU – einmal „A“ gesagt hat und die Kopfpauschale ernsthaft ablehnt, muss auch „B“ sagen und mithelfen, diesen Irrsinn zu stoppen.

Denn – noch einmal: Wer den Arbeitgeberbeitrag einfrieren will und gleichzeitig die Zusatzbeiträge noch oben öffnet, der muss doch wissen, was dann passiert:

Die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger werden explosionsartig steigen.
Was bitte ist daran gerecht?

ANREDE

es ist jetzt schon abzusehen – und das ist auch die Strategie der Neoliberalen – dass diese Belastungswelle sich dann über die Zusatzbeiträge aufbaut. Und zwar ohne einen weiteren Cent der Arbeitgeber.

Das ganze Modell ist nichts anderes als billige PR für ein Gesellschaftsmodell, das die Solidarität mit Füßen tritt und den Sozialstaat letztlich gänzlich aus den Angeln heben will. Die solidarische Finanzierung soll geschleift werden – und der Steuerzahler – so wird behauptet – soll's dann richten. Fragt sich, wovon eigentlich.

Die zwei Milliarden Euro Steuermittel soll es nämlich nur einmal geben – ab 2012 wird der Steuerzuschuss wieder sinken. Und dann?

Wir fordern die Bundesregierung auf, die zugesagten Steuermittel mit zur Deckung des drohenden Defizits zu nutzen.

Dann reden wir nicht mehr über elf, sondern über neun Milliarden Euro Defizit. Neun Milliarden, die allein durch die Wiederherstellung der paritätischen Beitragsfinanzierung gedeckt wären.

Zusatzbeiträge wären damit überflüssig. Und der Weg der Kopfpauschale ein für alle Mal gestoppt.

ANREDE

es geht bei der aktuellen Gesundheitsdebatte um sehr viel: Es geht um die Verteilung der Belastungen – und da haben wir jedes vernünftige Argument auf unserer Seite.

Schwarz-Gelb versucht, uns diese angebliche Reform schmackhaft zu machen, indem sie auch den Arbeitgebern eine Belastung zumutet. 0,3 Prozentpunkte soll der Arbeitgeberbeitrag im nächsten Jahr steigen.

Gemessen an den Vereinbarungen von Merkel, Seehofer und des FDP-Vorsitzenden, den Arbeitgeberbeitrag keinesfalls zu erhöhen, ist dies durchaus bemerkenswert – und auch ein Teilerfolg unseres Bündnisses. Immerhin sind dies drei Milliarden an Belastungen, die den Versicherten erspart bleiben.

Aber was ist das tatsächlich wert?

Teile der Koalition versuchen, dies als Parität zu verkaufen. Doch in Wahrheit soll nur der Beitragsanstieg von 0,6 Prozentpunkten paritätisch gestaltet werden.

Die Schieflage in der paritätischen Finanzierung würde damit bestehen bleiben – und durch ein Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge praktisch in Stein gemeißelt werden. Und diese Schieflage beträgt allein bei den Beiträgen seit 2005 nicht weniger als rund neun Milliarden Euro – pro Jahr.

Das bedeutet, die Arbeitgeber profitieren seit der Einführung des so genannten Arbeitnehmer-Sonderbeitrags von 0,9 Prozentpunkten, bis heute in einem Volumen von rund 50 Milliarden Euro.

Sind dadurch eigentlich mehr Arbeits- oder Ausbildungsplätze geschaffen worden? Diesen Nachweis sind die Arbeitgeber bis heute schuldig geblieben.

ANREDE

wir haben die Bundesregierung nachdrücklich aufgefordert, tatsächlich zu einer paritätischen Beitragsgestaltung zurückzukehren und das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags aufzugeben. Und diese Linie werden wir weiterverfolgen.

Es ist – erstens – völlig inakzeptabel, dass allein die Versicherten die künftigen Kostensteigerungen tragen sollen.

Zweitens – und das ist aus Sicht der Gewerkschaften genauso wichtig, muss endlich Schluss damit sein, dass der GKV milliarden schwere Ausgaben durch ungesunde Arbeitsbedingungen aufgehalst werden.

An dieser Stelle sollte die Koalition endlich zu Einsparungen kommen – denn diese wären tatsächlich in jeder Form nachhaltig. Schließlich wird die GKV pro Jahr mit mindestens 17 Milliarden Euro durch arbeitsbedingte Erkrankungen belastet.

ANREDE

Die Arbeitgeber sind in der Pflicht und Verantwortung, diese Belastungen der GKV durch mehr „Gute Arbeit“ abzubauen, Kosten und Beeinträchtigungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu vermeiden.

Dadurch lassen sich sicher mehr und bessere Arbeitsplätze schaffen bzw. erhalten als durch zehntelprozentige Entlastungen beim Beitragssatz.

Solange sich hier nicht gründlich etwas ändert, haben die Arbeitgeber keinen legitimen Anspruch auf ermäßigte Beitragssätze oder gar eine Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags.

ANREDE

ich sagte es eingangs: Die Zeit der Modelle und Testballons ist vorbei.

Die Debatte ist eröffnet.

Und die „Köpfe gegen Kopfpauschale“ werden ein gehöriges Wort mitreden.

Wir machen hier und heute ein Anfang.

Ich wünsche eine anregende Diskussion.

Vielen Dank.